

# Österreichische Friedensstrategie

Österreichs außen- und  
sicherheitspolitische Beiträge für  
Europa und die Welt zivil gestalten

# Österreichische Friedensstrategie

Österreichs außen- und sicherheitspolitische Beiträge für Europa und die Welt zivil gestalten

Österreich ist immerwährend neutral und beteiligt sich weder direkt noch indirekt an Kriegen im Sinne des Völkerrechts. Aber neutral sein bedeutet nicht, nichts zu tun. Diese Österreichische Friedensstrategie skizziert Ansätze, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und diese mit friedlichen Mitteln zu bearbeiten. Österreich engagiert sich solidarisch und ist nützlich, wo gewaltfreie Instrumente erfolgversprechend sind, jedoch international nicht ausreichend zum Einsatz gelangen und zu wenig erforscht werden.

Kern der Strategie sind zivile Kapazitäten zur Bearbeitung von Konflikten, Maßnahmen zur Stärkung des internationalen Gewaltverbots sowie die Adressierung von Konfliktursachen durch zivile Krisenprävention und Vertrauensbildung. Dies dient der menschlichen Sicherheit. Die effektivsten zivilen Mechanismen helfen jedoch nicht genug, wenn Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nicht friedensfähig ausgestaltet werden und massive Ungleichheit und soziale Spaltung erzeugen. Bereits heute wirkt die Klimaerhitzung in Konfliktsituationen mitunter als Multiplikator von Risiko und Stress. Die Welt gab noch nie so viel Geld für Waffen, Militär und Rüstung aus – davon gibt es mehr als genug.

Die Österreichische Friedensstrategie will außen- und sicherheitspolitische Beiträge für Europa und die Welt zivil gestalten. Nachfolgend werden eine Leitschnur (Teil 1), friedens- und sicherheitspolitische Brennpunkte (Teil 2) sowie darauf aufbauende friedenspolitische Handlungsoptionen (Teil 3) skizziert. Die Strategie leistet einen Beitrag, um Sicherheit neu zu denken.

# Teil 1. Sicherheit zivil denken und gestalten – eine Leitschnur der Friedensstrategie

1. Die immerwährende Neutralität ist ein Grundstein österreichischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Das Bundesverfassungsgesetz aus dem Jahr 1955 verbietet Österreich einen Beitritt zu militärischen Bündnissen sowie die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten in Österreich. Völkerrechtlich ist die Neutralität die Verpflichtung, sich **an keinen Kriegen** im Sinne des Völkerrechts zu **beteiligen**. Unabhängig davon, wer Krieg führt, wo oder wann dieser geführt wird.

Durch aktive Neutralitätspolitik soll gestärkt werden, was die internationale Politik an Gewaltfreiem zu wenig hat, was übersehen wird oder wofür neben steigenden Militärbudgets kein Platz scheint.

Durch aktive Neutralitätspolitik soll gestärkt werden, was die internationale Politik an Gewaltfreiem zu wenig hat, was übersehen wird oder wofür neben steigenden Militärbudgets kein Platz scheint.

2. Österreichs Sicherheits- und Friedenspolitik folgt einem zivilen, **ursachenorientierten Ansatz und stärkt zivile Krisenprävention**. Zivile Instrumente und Einsatzmöglichkeiten erhalten einen verbindlichen finanziellen Rahmen, um auf globaler, gesamteuropäischer, nationaler und zivilgesellschaftlicher Ebene gefragte und langfristig glaubwürdige Beiträge zu Friedensförderung und Gewaltprävention leisten zu

können. Eine breite gesellschaftliche Debatte über adäquate Beiträge Österreichs ist auch eine bildungspolitische Aufgabe.

**Österreichs Sicherheits- und Friedenspolitik folgt einem zivilen, ursachenorientierten Ansatz und stärkt zivile Krisenprävention.**

3. Österreich verfolgt einen **institutionellen Pluralismus** in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Die aktuellen Kriege oder die Auswirkungen des Klimawandels zeigen die Notwendigkeit von inkludierend wirkenden internationalen Organisationen, bei denen alle Staaten mit am Tisch sitzen. Besonders die Vereinten Nationen oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verfügen über ein breites Verständnis von Frieden und Sicherheit, welches über die Abwesenheit von Krieg und direkter Gewalt hinausgeht. Österreich wird im Rahmen dieser Organisationen mit erweiterten finanziellen Solidarbeiträgen und neuen politischen Vorstößen besondere Impulse für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) leisten. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind gerade bei der Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Versöhnungsprozessen als wertvolle Bausteine zur Konfliktbearbeitung zu stärken.

4. Österreichs Leitsatz ist die **menschliche Sicherheit**. Diese versteht sich nicht primär als militärischer Ansatz für territoriale Sicherheit, sondern als Sicherheit des Menschen. Dabei bilden wirtschaftliche Sicherheit, Sicherheit der Umwelt, Sicherheit der Ernährung und Gesundheit, persönliche Sicherheit, Sicherheit der Gemeinschaft und politische Sicherheit das Zentrum. Die aktuellen und unterschiedlichen Ausprägungen feministischer Außenpolitik, inklusive der Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrates 1325 (UN Security Council Resolution 1325 on women and peace and security; 2000), sowie das Erreichen der „Sustainable Development Goals“ (SDGs) dienen hierfür als Geländer zur Erreichung menschlicher Sicherheit.

5. Stärken sowie bislang nur punktuell genützte Instrumente, Methoden und Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung sollen einer Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln mehr Gewicht verleihen. Auf EU-Ebene engagiert sich Österreich für eine ständige und strukturierte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten, think tanks und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die bei zivilen Beiträgen ein rascheres Tempo gehen wollen (**Ziviles Kerneuropa**). Österreich setzt sich diesbezüglich für neue Finanzierungsmechanismen ein und legt konkrete Projekte vor.

6. Österreich plädiert engagiert im Sinne eines umfassenden Friedensverständnisses bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit und internationalen Handelsverträgen für eine auf mehr Fairness und **Gerechtigkeit** gerichtete Ordnung. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU – teilweise von strukturellen Gewaltverhältnissen geprägt – mit dem Globalen Süden stellen den Abbau von Ungleichheit in den Mittelpunkt.

7. Sicherheitspolitik ist nicht nur Aufgabe eines Ministeriums, der Diplomatie, transnationaler Wirtschaftstreibender und besonders nicht der Rüstungs- und Sicherheitsbranche. Österreich setzt auf nationaler wie internationaler Ebene konkrete Schritte zur **Demokratisierung, Transparenz** und (zivil-)gesellschaftlicher Teilhabe. Österreich tritt auf EU-Ebene für mehr parlamentarische Kompetenzen und Kontrolle im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein und verfolgt auf globaler Ebene die verbesserte Repräsentanz von Staaten des globalen Südens in internationalen Foren. Das aktuelle Regierungsprogramm schreibt die Einführung eines **Zivilen Friedensdienstes** (ZFD) und eine Mediationsfazilität fest. Diese Instrumente sind zu stärken und langfristig abzusichern.

## Teil 2. Friedens- und sicherheitspolitische Brennpunkte

### Klimawandel

Bis 2100 beträgt die derzeitige Prognose für den Temperaturanstieg auf Grund des menschengemachten Klimawandels etwa 3° Celsius. Dies heißt, dass extreme Wetterereignisse – Hitze, Dürren, Überschwemmungen oder Stürme – an Häufigkeit und Intensität massiv zunehmen. Wetterextreme und Temperaturerhitzung ziehen sozio-ökonomische Folgen nach sich. Dies führt zu einem Rückgang landwirtschaftlicher Erträge. Daraus folgt eine nicht ausreichend sicherzustellende Nahrungsmittel- und Wasserversorgung mit einem regional großen Potential für Hungersnöte, Migration oder gewaltsame Konflikte um Ressourcen. Nachhaltige Friedenspolitik ist ohne Verstärkung von Arten- und Umweltschutz nicht denkbar.

Die durch Industrialisierungsschübe schon jetzt erhöhten Urbanisierungsraten werden durch das teilweise Wegbrechen von Arbeitsplätzen im landwirtschaftlichen Sektor noch weiter steigen. Gesellschaften und Staaten, die nicht darauf vorbereitet sind, werden dadurch vor immense soziale Probleme gestellt. Fehlt es an sozialer und ökonomischer Absicherung sowie Institutionen zur Konfliktbearbeitung, bietet dieser Pool von an den Rand gedrängten Menschen ein großes Rekrutierungspotential für Milizen und/oder terroristische Organisationen.

Ein enger Rahmen sicherheitspolitischer Instrumente ist ungeeignet, um den Klimawandel und seine sozio-ökonomischen Folgen an der Wurzel zu packen. Die Sahelzone wird dafür in den nächsten Jahren eine Vorschau liefern, was auch in anderen Regionen erwartet werden kann. Neben Armut und ungleicher Verteilung als Nährboden für gewaltbereite Akteur\*innen ist die Sahelzone teilweise sehr stark vom Klimawandel betroffen. Militärhilfen der letzten Jahre konnten die Konfliktursachen nicht adressie-

ren. Dieser Herausforderung mitunter durch militärische Instrumente zu begegnen, kann im globalen Süden den Eindruck der Anwendung doppelter Standards, dem Interesse an Waffenverkäufen und der Ressourcensicherung erwecken.

Rüstung und Militär sind klimapolitisch kontraproduktiv und Teil des Problems. Der Sektor leistet zumeist lediglich intransparente, international nicht vergleichbare bzw. unverbindliche Beiträge zum EU-Ziel der Treibhausgasreduktion von 55 % bis 2030.

Technische Lösungen sind eine wichtige Komponente, um Treibhausgase zu reduzieren. Aber um der Klimaerhitzung auf gerechte Weise begegnen zu können, braucht es besonders auch gesellschaftliche Veränderungen in unserem Wirtschaften, unserer Mobilität und Konsumgewohnheiten. Zivilgesellschaftliche und gewaltfreie Formen des Protests betrachten viele Menschen als letztes Mittel und Notwehr, um auf ausreichende politische Maßnahmen zu drängen. Beim Adressieren von Ursachen, Folgen und Verläufen der Klimaerhitzung gilt in dieser Strategie grundsätzlich das Primat ziviler Ansätze.

**Rüstung und Militär sind klimapolitisch  
kontraproduktiv und Teil des Problems.**

### Katastrophenschutz

Die zu erwartenden klimatischen Veränderungen veranlassen zu einem Überdenken des Katastrophenschutzes sowie dem Auf- und Ausbau resilienter Maßnahmen. In Österreich zeigen zahlreiche auch auf freiwilliger Basis arbeitende Organisationen, dass für den Katastrophenschutz niemand bewaffnet sein muss. Darauf aufbauend ist nach dieser Strategie ein ziviles Technisches Hilfswerk (THW) zu schaffen.

Resiliente Maßnahmen in diesem Bereich bauen noch nicht ausreichend auf der Logik menschlicher Sicherheit auf. Bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind auch kulturelle, soziale und wirtschaftliche Perspektiven sowie ganz besonders

die Beiträge von Frauen von Bedeutung. Durch das Eingehen auf die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen kann ursachenorientierte Hilfe geleistet und ein fairerer Zugang zu Hilfsprogrammen ermöglicht werden.

### **Internationale Einsätze**

Seit 1960 beteiligt sich Österreich an internationalen Einsätzen. Diese wurden über Dekaden hindurch unter dem Dach der Vereinten Nationen organisiert. Hier wird seit den ersten EU-Militäreinsätzen 2003 nunmehr ein Charakterwandel deutlich: mit Stand März 2023 sind im EU-Rahmen 37,7 % der österreichischen Soldat\*innen im Einsatz, 23,9 % im Rahmen von UNO- und OSZE-Einsätzen und 38,4 % im NATO-Rahmen. EU-Auslandseinsätze folgen auch neokolonialen Zuständigkeiten und Interessen, einer restriktiven Migrationspolitik oder der Verfolgung von Energiesicherheit. In diesem Feld hat Österreich auch durch eigenes Handeln bislang kaum Korrekturen eines erkennbar eigennütigen Agierens der EU vorangebracht.

Für Einsätze des Österreichischen Bundesheeres ist nach dieser Friedensstrategie ein Mandat des Sicherheitsrates der UNO eine zwingende Voraussetzung, und sie sind auch im Hinblick auf die nationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Neutralität im Rahmen einer breiten öffentlichen Debatte zu prüfen.

Österreich wird seine Beiträge da verstärken, wo die EU viel zu schwachbrüstig ist. Rund 80 % des gesamten Personals in allen EU-Einsätzen waren bislang Militärs und das zivile Personal ist im Vergleich zu 2013 weniger geworden, wenngleich der Personalstand in den letzten fünf Jahren wieder anstieg. Finnland entsendet im Herbst 2023 im Vergleich zu Österreich vier Mal und Schweden über fünf Mal so viel ziviles sekundiertes Personal in EU-Einsätze. Auch Irland entsendet mehr zivile Kräfte im EU-Rahmen als Österreich. Der Anteil von Frauen in allen operativen Funktionen in zivilen EU-Einsätzen beträgt 22 %. Im Rahmen der österreichischen Beiträge in zivilen EU-Einsätzen beträgt der Anteil von Frauen 13 % (das entspricht zwei Frauen).

Nichtstaatliche Friedensfachkräfte tragen im Rahmen eines zivilen Friedensdienstes – er findet sich im aktuellen Regierungsprogramm – in einem Gemeinschaftswerk von



Zivilgesellschaft und Staat zur Gewaltprävention und Friedensförderung bei. Lokale zivilgesellschaftliche Akteur\*innen in Krisen- und Konfliktgebieten werden durch fachspezifisch ausgebildete zivile Friedensfachkräfte unterstützt, an den Ursachen, Folgen und Verläufen von Konflikten mit gewaltfreien Mitteln zu arbeiten. Dieses Engagement soll kurz- wie auch langfristig gestärkt werden.

## Migration

Durch den Klimawandel und seine Folgen wird es – abhängig von der Erreichung von Klimaschutz-Zielen – in den nächsten Jahrzehnten global zu verstärkten Migrationsbewegungen kommen. Extremwetterereignisse sowie deren kurz- und langfristige sozioökonomische Folgen haben schon jetzt massiven Einfluss auf Migration, transnational wie auch innerhalb von Staaten. Flucht- und Migrationsbewegungen können dabei selbst zu Destabilisierungsfaktoren werden, da die Hauptlast meist von angrenzenden Ländern getragen wird. Allgemein stellen sich große Versorgungsherausforderungen in zwei Bereichen: bei kurzfristigen Fluchtbewegungen wie etwa bei Naturkatastrophen; und langfristigen Migrationsbewegungen wie zum Beispiel im Falle von gewaltsam ausgetragenen Konflikten und Kriegen.

Bei der Unterstützung von Geflüchteten haben Zivilgesellschaft und private Initiativen schon Enormes geleistet, indem sie durch Aufnahme und Integrationsmaßnahmen maßgeblich zur menschlichen Sicherheit beigetragen haben.

Derzeit befinden sich die EU-Staaten im Reformprozess des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Der Zugang zu Asylanträgen innerhalb der EU soll demnach erschwert werden. Als Folge davon verfestigt sich der problematische Zustand an den EU-Außengrenzen weiter. Dabei gerät auch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX immer mehr in Kritik. Zum einen werden illegale Push-Backs kritisiert – u.a. durch das unabhängige FRONTEX-Konsultationsforum unter Einschluss des UNHCR –, zum anderen gibt es auch Ermittlungen der EU-Antibetrugsbehörde OLAF gegen die Agentur.

## Terrorismus und organisierte Kriminalität

Der seit 2001 mitunter militärisch geführte Krieg gegen den Terror ist gescheitert. In den letzten knapp über 20 Jahren kann nur dieses Erkenntnis gewonnen werden. Die größten Gewinner\*innen des militärischen Lösungsansatzes waren bisher Terrororganisationen und die Rüstungsindustrie. Soll es zu einem Sicherheitsmehrwert für Gesellschaften kommen, wird der politischen Komponente, den Finanzierungsmechanismen und dem Rekrutierungspotential von Terrororganisationen mit politischen und ursachenorientierten Ansätzen zu begegnen sein.

Für die Bekämpfung organisierter Kriminalität ist eine gut funktionierende transnationale Zusammenarbeit unerlässlich. Österreich wird hier weiter eng mit Partner\*innen bei Interpol und Europol sowie auch mit dem Büro der UNO für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zusammenarbeiten.

Teil dieser Strategie ist es auch, den militärisch geführten Krieg gegen Drogen zu überdenken und alternative Ansätze auszuloten. Der illegale Drogenmarkt dient sowohl Terrororganisationen als auch der organisierten Kriminalität als massive Einnahmequelle und fordert einen hohen Blutzoll Unbeteiligter.

## Cybersecurity und Weltraum

Österreichs Cybersecurity wird auf zweifache Weise besonders gefordert werden. Zum einen durch direkte Angriffe auf Einrichtungen, vor allem der Infrastruktur. Zum anderen durch Versuche der Beeinflussung der Gesellschaft, beispielsweise durch Fake News Kampagnen.

Der Weltraum rückt immer mehr in den militärischen Fokus. Durch die verstärkte Nutzung von Satelliten in der Kommunikationsstruktur werden diese in Konflikten interessanter für Angriffe. Derzeit hält der Weltraumvertrag (Outer Space Treaty), 1967 in Kraft getreten, die Grundprinzipien der Nutzung des Weltraumes fest. Im Weltraumver-

trag ist die ausschließlich friedliche Nutzung von Himmelskörpern sowie das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen festgehalten. Auf Grund technologischer Entwicklungen ist es immer mehr Staaten und privaten Akteur\*innen möglich, den Weltraum zu nutzen. Dies bringt Herausforderungen mit sich, zum Beispiel die Aufteilung der erdnahen Umlaufbahnen für Satelliten. Die multilaterale Zusammenarbeit mit Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (United Nations Office for Outer Space Affairs UNOOSA) oder der Europäischen Weltraumorganisation (European Space Agency ESA) steht im Mittelpunkt vorliegender Friedensstrategie. Die EU verfolgt im Rahmen der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) einen autonomen Zugang zum Weltraum und leistet folglich einen milliarden schweren Beitrag auch zu seiner militärischen Nutzung. Zehn EU-Staaten – darunter Österreich – arbeiten an Kerneuropa-Projekten im Bereich Space. Dies stützt die globalen Ambitionen der EU besonders bei Militäreinsätzen.

### **Friedensvermittlung und Amtssitzpolitik**

Die Rolle als Friedensvermittler und Impulsgeber von Dialogprozessen hat Österreich weitgehend eingebüßt. Um in der im Wesentlichen aus NATO-Staaten zusammengesetzten EU auch aktive und engagierte Neutralitätspolitik zu betreiben, muss diese international glaubhaft und nützlich sein. Mangelnde finanzielle Mittel, Reduktion von Personal (und folglich der Breite und nötigen Tiefe der eigenen Expertise) sowie die politische Verengung auf die EU haben den Blick auf Handlungsspielräume in internationalen Gewaltkonflikten eingeschränkt. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben diplomatische Arbeit durch ihre spezifischen Beiträge immer wieder unterstützt und ein stärkeres inhaltliches Vermittlungsangebot Österreichs gefordert. „Gute Dienste“ – die diplomatische Unterstützung neutraler oder dritter Parteien in Konflikten – können als ein Wesensmerkmal der österreichischen Außenpolitik der letzten Jahrzehnte betrachtet werden.

Die Ansiedelung internationaler Organisationen und Österreich als Austragungsort von internationalen Konferenzen, Verhandlungen oder Gesprächsformaten genießt eine hohe außenpolitische Wichtigkeit und Wirkung. Faktoren, die die Ansiedelung von in-

ternationalen Organisationen begünstigen, wirken auch positiv auf den Verhandlungs- und Konferenzstandort. Wien kann auf einen Sitz der Vereinten Nationen sowie auf den Sitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verweisen. Rund 60 internationale Organisationen haben ihren Sitz in Österreich. Es gelang auch, jene Organisationen anzusiedeln, die Frieden und Wohlstand nicht gegen andere erreichen wollen, sondern inkludierend auftreten.

### **Nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung**

Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle können als zentrale friedenspolitische Idee Österreichs betrachtet werden. Dies drückt sich nicht nur durch aktives Engagement für den Atomwaffenverbotsvertrag durch Österreichs Diplomatie aus, sondern auch in Form einer aktiven Amtssitzpolitik (z.B. Atomenergiebehörde IAEA, atomare Teststoporganisation CTBTO PrepCom) und als Gastgeber von Verhandlungen (z.B. Iran-Gespräche JCPOA, NewSTART-Gespräche 2020).

Bei der Kontrolle und Abrüstung von Massenvernichtungswaffen und anderen durch internationale Abkommen verbotenen Systemen setzt Österreich den bisher eingeschlagenen Weg fort. In dieser Frage bleibt Österreich ein engagierter Partner für Staaten, die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen und setzt sich weiter für inklusive Prozesse ein. Wegen der immer schnelleren fortschreitenden Entwicklungen von autonomen Waffensystemen und Künstlicher Intelligenz (KI) setzt sich Österreich nach dieser Friedensstrategie im UN-Rahmen weiter für verbindliche Abkommen zu deren Regulierung ein. Bei der umfassenden Ächtung von Atomwaffen oder so genannter „Killer Roboter“ wird sich Österreich für mehr verbündete Staaten innerhalb der EU engagieren.

Die Entstehung und die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrages zeigen, wie Verhandlungen auf Augenhöhe unter Einbeziehung aller relevanten Akteur\*innen positive Veränderungen bringen können. Durch die gemeinsame Einsicht, dass die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines Nuklearwaffeneinsatzes nicht zu bewältigen sind, schafften es Staaten, Zivilgesellschaft und Opfergruppen, Multilateralismus und

internationales Recht durch das Verbot von Nuklearwaffen zu stärken. Ihm liegt die Idee der gemeinsamen und menschlichen Sicherheit zu Grunde.

## Teil 3. Handlungsoptionen der Friedensstrategie

### Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention

Österreich legt seine Priorität auf die zivile Bearbeitung von Konflikten. Für Instrumente, Personal und Methoden wird ein verbindlicher und nachhaltiger Finanzrahmen geschaffen. Die Rolle von Frauen in Friedensprozessen wird dabei besonders gefördert und gestärkt.

Zur Umsetzung dieses Anliegens wird eine österreichische Stiftung für Friedensforschung, Friedensbildung und Konfliktbearbeitung eingerichtet, die sich zudem mit verschiedenen Formen des Schutzes vor Diskriminierung und Gewalt einsetzt. Zu aktuellen Debatten über Verteidigungspolitik werden gesamtgesellschaftliche Gespräche über soziale Verteidigung initiiert.

### Klimawandel

Österreich wird sich beim Klimawandel verstärkt für die Umsetzung und Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und ähnlich gelagerter internationaler Verträge einsetzen. Klimapolitik folgt den Maßstäben der menschlichen Sicherheit und legt besonderes Augenmerk auf eine global gerecht wirkende Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Österreich berücksichtigt, dass Rüstung und Militär große Mitverantwortung an Treibhausgasemissionen haben. Damit der Militärsektor nicht Problemlagen und Folgeerscheinungen verschärft, wird der Ausstoß dieses Bereichs proaktiv in einer eigenen

Klimabilanz erfasst und sein Beitrag zum EU-Ziel von minus 55 % bei Treibhausgasen wird damit verbindlich festgeschrieben und transparent veröffentlicht.

### **Katastrophenschutz**

Es wird ein vollständig zivil organisiertes Technisches Hilfswerk geschaffen, welches im In- und Ausland Expertisen und Möglichkeiten der aktuell im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen widerspiegelt und miteinbezieht.

In Österreich werden Budgetmittel für Katastrophenfälle (z.B. Blackout) bereitgestellt, die der Bevölkerung mit geringem Einkommen und wenig Lagerplatz dienen sollen und nicht nur militärischen Sicherheitsinseln. Für langfristige internationale Ansätze hebt Österreich umgehend das Budget für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % der Wirtschaftsleistung an.

### **Internationale Einsätze**

Bis zum Jahr 2029 wird in Österreich ein erster Pool von 500 zivilen Kräften aufgebaut, die im Rahmen von UNO, OSZE, EU und nichtstaatlicher Organisationen für internationale Einsätze zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus engagiert sich Österreich national und im EU-Rahmen für dauerhafte Finanzierungsinstrumente für gewaltfreie Kapazitäten und integriert dabei die friedenspolitischen Besonderheiten der Neutralen in der EU sowie der nordischen Staaten in eigene Überlegung. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) wird in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern verstetigt und bis 2029 auf mindestens 50 Friedensfachkräfte ausgebaut.

## Migration

Bei kurzfristigen Bewegungen, beispielsweise auf Grund von Naturkatastrophen, wird auf schnelle Vororthilfe durch das zu schaffende zivile Technische Hilfswerk gesetzt. Neben der Soforthilfe stehen die internationale und auch die EU-Zusammenarbeit beim Ausbau von Hilfs- und resilienten Wiederaufbaumaßnahmen im Mittelpunkt.

Bei langfristigen Fluchtbewegungen nach Österreich wird präventiv auf die Reduzierung von Fluchtursachen hingearbeitet. Im Konfliktfall wird auf internationale Zusammenarbeit gesetzt, um nachhaltige Versorgungsnetzwerke in angrenzenden Ländern aufzubauen. Dafür werden erhöhte Solidarbeiträge an das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR geleistet.

Bei langfristiger Migration sind Zukunftsszenarien von zentraler Bedeutung. Mit Reformen und der Abschaffung einiger Regulierungen sowie dem Abbau von Benachteiligungen, wird Flüchtenden – nach dieser Strategie – der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erleichtert. Hier bietet sich auch eine Chance, um dem gravierenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

## Terrorismus und organisierte Kriminalität

Österreichs Politik setzt auch auf einen ursachenorientierten Ansatz in der Terrorismusbekämpfung. Adressiert werden die sozio-ökonomischen Rekrutierungsfaktoren durch Deradikalisierungs- und Reintegrationsprogramme.

Um der Finanzierung des Terrorismus besser zu begegnen, bedarf es der Einsicht, dass sich terroristische Organisationen auch in lokale Wirtschaftsstrukturen einnisten. Der Ansatz, nur Finanzflüsse trocken zu legen, greift zu kurz, da diese teilweise über Dritte abgewickelt werden und es Finanzinstituten nicht möglich ist, jede einzelne Transaktion auf einen terroristischen Hintergrund zu überprüfen. Eine auf Gerechtigkeit ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit kann den Zulauf zum Terrorismus schwächen.



Die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels akzentuiert menschliche Sicherheit. Transnationale und regionale Zusammenarbeit baut auf nachhaltige Entwicklungsschritte und hilft, den vorherrschenden Umständen angepasst, dabei, Produzent\*innen einen Umstieg auf legale Erzeugnisse zu ermöglichen.

### **Cybersecurity und Weltraum**

Bildung ist einer der nachhaltigsten Wege, gesellschaftlicher Manipulation vorzubeugen. Diese wird von wissenschaftlich gestützten Maßnahmen begleitet, um Debatten sachlich zu gestalten. Desinformationsmedien sind nach dieser Strategie öffentliche Mittel über Inserate oder Presseförderung zu entziehen.

Um Kapazitäten bei Cyberangriffen zu bündeln, wird auf eine enge Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Akteur\*innen gesetzt. Die Kooperation wird unter ziviles Kommando gestellt. In diesem werden polizeiliche Entscheidungsfindungsprozesse und militärische Strukturen nicht verschmolzen.

Um eine weitere Militarisierung des Weltraumes zu vermeiden, wird im Rahmen der Vereinten Nationen auf die gemeinsame friedliche Nutzung – auch unter Berücksichtigung der Kontrolle kommerzieller nichtstaatlicher Akteur\*innen – des Alls insistiert. Entsprechenden Inhalte werden zu wirksamen und verbindlichen völkerrechtlichen Instrumenten im Sinne des Gewaltverbots weiterentwickelt.

### **Friedensvermittlung und Amtssitzpolitik**

Österreich hat als neutraler Staat großes Ansehen als Verhandlungsort und Gastgeber internationaler Begegnungen. Aber ein Verhandlungsort macht noch keinen Friedensvermittler aus. Um die Rolle des Friedensvermittlers einnehmen zu können, sind staatliche personelle und finanzielle Kapazitäten zu stärken und die unterstützende Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren.

Praxis und Forschung zeigen, dass die starke Involvierung von Frauen in Friedensprozesse zu langfristig tragfähigeren Lösungen führt: daraus ergibt sich Diversität und die Rolle von Frauen bei internationalen Einsätzen, Verhandlungsprozessen und im Rahmen der eigenen Kapazitätserweiterung zu forcieren.

### **Rüstungskontrolle und Abrüstung**

Die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ansätze zur humanitär begründeten Abrüstung im Bereich Anti-Personen-Minen, Streumunition, Atomwaffen oder tödlichen autonomen Waffensystemen werden durch zusätzliche Ressourcen gekräftigt.

Österreich unterstützt den Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) über gemeinsame Normen für die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transfer von konventionellen Waffen. Die geschieht durch verlässliche internationale Transparenz und die nationalstaatliche Selbstverpflichtung – in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen –, einen umfassenden Rüstungsexportbericht zu erstellen und zu veröffentlichen. Dieser widerspiegelt auch die Verbindlichkeiten aus dem gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten.

Österreich befördert im Rahmen der Genfer UN-Konferenz für Abrüstung Initiativen, die als Katalysator für Abrüstungsideen und -fortschritte agieren.

Weniger Rüstung bedeutet auch weniger Treibhausgasemissionen. Und Österreich geht nach dieser Strategie mit gutem Beispiel voran.

## Über dieses Papier

Diese Friedensstrategie ist im Rahmen einer im Internationalen Versöhnungsbund angesiedelten Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit zahlreichen Organisationen und Privatpersonen aus den Themenfeldern Frieden, Sicherheit, Gender, Sozial- und Entwicklungspolitik entstanden. Ausgangspunkt war eine in Buchform dokumentierte Tagung im Jahr 2021 unter dem Titel „Frieden ist möglich – aber sicher! Impulse für eine gewaltfreie Gestaltung von Gesellschaft und Staat. Wie wir Sicherheit neu denken können“. Eine weiterführende internationale Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu „Sicherheit neu denken“, „rethinking security“ und „repenser la sécurité“ fand 2022 in Salzburg statt. Das zivilgesellschaftliche Engagement zum Themenkreis wird auch künftig weitergeführt.

Vorliegendes Papier wurde von Thomas Roithner (Internationaler Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig) und Fabian Hämmerle (ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen) entworfen und in breiteren Diskussionsprozessen weiterentwickelt. In den Teilen „friedenspolitische Brennpunkte“ und „Handlungsempfehlungen“ wurden die Abschnitte Klimawandel, Katastrophenschutz, Migration, Terrorismus und organisierte Kriminalität, Cybersecurity und Weltraum, Nukleare Rüstungskontrolle von Fabian Hämmerle konzipiert. Die Einleitung, Teil 1 sowie die Abschnitte Internationale Einsätze, Friedensvermittlung und Amtssitzpolitik sowie Nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstungen stammen von Thomas Roithner.

Sie können der Diskussion auf social media-Kanälen unter #ÖsterreichischeFriedensstrategie folgen.

[www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

[www.icanaustria.at](http://www.icanaustria.at)

Wien, 1. Dezember 2023

## Impressum

Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Autoren: Thomas Roithner, Fabian Hämmerle

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A – 1080 Wien

Tel. +43 1 408 53 32

e-Mail: [office@versoehnungsbund.at](mailto:office@versoehnungsbund.at)

Website: [www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

Layout: Lucia Hämmerle